Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

69 (22.3.1906)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 69. Karlsruhe, Donnerstag den 22. März 1906. 26. Jahrgang.

Schwur- und Schöffengerichte.

In den Kreisen der sogen. „gelehrten" Juristen, namentlich in Norddeutschland, finden sich sehr viele Gegner der Schwurgerichte. Besonderes Unbehagen macht dem preußischen und sächsischen Richter der Gedanke, es könnte einmal dahin kommen, daß wie in Süddeutschland auch in Norddeutschland die Preßprozesse vor die Geschworenen kommen, wiewohl die Erfahrungen, die wir mit norddeutschen Geschworenengerichten gemacht haben, auch diese für politische wie für Streik-Prozesse wenig geeignet erscheinen lassen, im Sinne unseres Richtertums also diesem ganz annehmbar sein müßten.

Wenn die Arbeiter auch in Norddeutschland für Schwurgerichte eintreten, so deshalb, weil sie trotz ihrer jetzigen Mängel eine Etappe auf dem Wege zum wirklichen Volksgericht darstellen und früher oder später doch im natürlichen, volkstümlichen Rechtssinne ausgebaut werden, wenn sie nur erhalten bleiben.

Im übrigen wurzelt die Gegnerschaft der Juristen im Grunde in der Abneigung der Fach-Juristen gegen jede Beteiligung der Laien an der Rechtsprechung. Es ist daher nur zu wohlverständlich daß, welche Gründe gegen die Schwurgerichte auch vorgebracht werden, sie bei näherem Zusehen, auch wenn man sie an sich gelten lassen will, nichts gegen die Berechtigung dieses Instituts, sondern nur die Notwendigkeit seines Ausbaues erweisen. Hauptsächlich sind es zwei Momente, die gegen die Schwurgerichte vorgebracht werden.

Es wird bemängelt, daß die Geschworenen und Richter zwei getrennte Kollegien sind, und daß die Richter von der Urteilsfällung über die Schuldfrage ausgeschlossen sind, was zur Folge habe, daß die Geschworenen bei ihrer geheimen Beratung des juristischen Rates wie der juristischen Leitung entbehrten. Das letztere ist ganz unnötig. Bedürfen aber die Geschworenen der Rechtsbelehrung, so steht ihnen auch heute frei, wiederholt in den Sitzungssaal zurückzukehren und sich Rechtsbelehrung einzuholen. Aber man würde sich auch dazu verstehen dürfen, daß den Geschworenen noch ein juristischer Beirat in das Beratungszimmer mitgegeben würde; nur dürfte derselbe nicht dem in der Sache mitwirkenden Richterkollegium entnommen werden, ja es wäre darauf Bedacht zu nehmen, ihn überhaupt nicht aus den beamteten Juristen zu wählen. Für diesen Fall würde zum Vorteil der Rechtsprechung noch ein Schritt weiter gegangen werden können; die jetzt vorgeschriebene Rechtsbelehrung durch den Schwurgerichts-Vorsitzenden ganz fallen zu lassen. Jedenfalls berührt diese Frage nicht die Daseins-Berechtigung der Institution.

Ungleich wichtiger ist der Einwand, daß die Geschworenen ihre Verdikte ohne Gründe mitteilen, daß somit dem wesentlichsten Teil jedes Schwurgerichts-Urteils mit dem Rechtsmittel der Revision nicht beizukommen ist. Allein einmal tragen wir kein Verlangen danach, der Staatsanwaltschaft die Rechtsmittel zu vermehren, fordern sogar, daß alle Rechtsmittel nur zugunsten der Angeschuldigten gelten sollen. Soweit diese aber in Frage kommen, hat auch jetzt das Richterkollegium die Möglichkeit, sogar die Pflicht, die Geschworenen in das Beratungszimmer zurückzuschicken, wenn sie sich offenbar zuungunsten des Angeklagten geirrt haben. Des ferneren darf nicht übersehen werden, daß, so energisch die Einführung der Berufung reklamiert wird, diese immer nur als Rechtsmittel gegen die erstinstanzlichen Strafkammer-Urteile gemeint ist, wie allseitig zugegeben wird, was doch dafür spricht, daß Fehlsprüche der Geschworenen als Ausnahmen angesehen werden. Damit sinkt zweifellos der Allgemeinwert der Revision als Rechtsmittel gegen Schwurgerichtsurteile. Dennoch verkennen wir nicht, daß in diesem Punkte eine Schwäche des Geschworenen-Instituts liegt, ja wir meinen, es ist im Grunde die einzige Schwäche. Die Sache liegt aber nicht so, daß die Schwurgerichte nur mit dieser Schwäche, sonst überhaupt nicht denkbar seien.

Eine Besserung wäre schon durch eine Aenderung des Rechtsmittels der Revision überhaupt möglich. Sodann ist, schon aus allgemeinen Gründen, zu begehren, daß das Verdikt der Geschworenen von ihnen mit Gründen versehen und so verkündet werde. Man komme uns nur nicht damit, daß Laien nicht in der Lage wären, die Bejahung oder Verneinung von Schuldfragen kurz zu begründen. Wenn diese Gründe die zahllosen Schrauben, auf die so viele Strafkammer-Urteile gestellt sind, vermissen lassen werden, so wird das für die Urteile selbst, wie für ihre Verfasser sprechen und von günstiger Wirkung für unser ganzes Rechtsleben werden können. Klammert man sich aber durchaus an gewisse juristische Formen, so würde auch in dieser Beziehung der oben erwähnte juristische Beirat das unerläßlich Scheinende veranlassen können. Damit wäre in jedem Falle die Möglichkeit gewährt, auch den Verdikten der Geschworenen mit der Revision beikommen zu können, so weit das mit diesem ungeeignetsten, unpopulärsten, unverständlichsten aller Rechtsmittel, zumal bei der rückläufigen Praxis des Reichsgerichts, überhaupt zweckmäßig erscheinen könnte.

Wenn aber diese beiden Einwände, die noch am ehesten zu beachten sind, schon nicht gegen die Institution der Geschworenen sprechen, so wüßten wir nicht, was sonst noch erhebliches, wesentliches vorgebracht werden könnte, um das deutsche Volk zu veranlassen, ein Institut abzuschlachten, das Jahrhunderte alt, gerade echt deutschen Ursprungs ist. An dieser letzteren Tatsache vermag auch nichts der Umstand zu ändern, daß ebenso alt auch die Abneigung aller Perücken gegen diese Volksgerichte ist, auch nichts, daß diese zeitweise aus dem Rechtsleben des Volkes verschwunden waren. Und das Volk hält jetzt so fest an dem Institut der Geschworenen, daß schon dem Versuch der Regierungskommission, es durch ein großes Schöffengericht zu ersetzen, so lauter Widerspruch begegnete, daß verschiedene bundesstaatliche Justizminister es für geraten fanden, die Beibehaltung der Schwurgerichte zu beteuern.

Damit ist man dann allerdings an dem Fleck angelangt, an dem wir vor zehn Jahren standen. Denn mit der Einrichtung großer Schöffengerichte sollten die Aufgaben der Strafkammern auf diese übergehen.

Wird das große Schöffengericht nicht geboren, so bleibt auch die erstinstanzliche Strafkammer; und dann muß die Berufung gegen deren Urteile gefordert werden. Die Regierung will aber nur die Berufung, wenn sie die Vorbedingungen des erstinstanzlichen Verfahrens verschlechtern kann. Das ist, wie vor zehn Jahren, rundweg abzulehnen.

Wenn andererseits auch im Falle der Beibehaltung der Strafkammern, wie durchaus nötig, eine Anzahl schwerer Delikte den Strafkammern abzunehmen und den Geschworenen zuzuweisen wären, so würde die Zahl, auch wohl die Dauer der Sitzungen der Geschworenen wachsen, was zu einer Vermehrung derselben führen müßte, nach Behauptung der Gegner aber nicht möglich sein sollte, namentlich dann nicht, wenn, wie allgemein beabsichtigt, zum Teil schon in die Wege geleitet, auch eine Reihe leichterer Delikte nicht mehr den Strafkammern, sondern den Schöffengerichten zugewiesen, deren Abteilungen der größeren Arbeit wegen deshalb auch vermehrt werden müßten.

Wo sollen, so rufen die Gegner der Laien-Richter, so viele geeignete Männer herkommen? Antwort: Wir wünschen erstens, daß auch Frauen zur Rechtsprechung herangezogen werden; wir begehren weiter, daß die Mühewaltung der herangezogenen Personen bezahlt werde, in welchem Falle die Schöffen und Geschworenen statt etwa viermal im Jahre, viel öfter zu Sitzungen berufen werden könnten; und wir verlangen endlich, daß die Wahl der Geschworenen und Schöffen nach dem Grundsatz des Reichstagswahlrechts durch das Volk erfolge. Daß das Volk sehr wohl geeignete Personen zu finden weiß, beweist die anerkannte Tüchtigkeit der zahlreichen Arbeiterbeisitzer in Gewerbe- und Versicherungs-Schiedsgerichten, im Reichsversicherungsamt und in den Krankenkassenverwaltungen. Sie sind also da, die Volksrichter! Laßt sie nur durch das Volk berufen werden.

Und damit ist die Frage überhaupt gelöst! Wir brauchen nur zwei Strafgerichte erster Instanz, das Schöffengericht und das Schwurgericht; ersteres für leichtere, letzteres für schwerere Delikte und dahin zähle man auch die jetzt vors Reichsgericht (in erster und letzter Instanz) gelangenden Fälle von Landes- und Hochverrat. Damit ist freilich die Strafkammer überflüssig geworden. Gut so! Fort mit ihr! Wer sollte ihr eine Träne nachweinen, wenn nicht vielleicht gerade Juristen?! Noch einmal: Das beste, was mit der Strafkammer geschehen kann, ist, sie verschwinden zu lassen.

Was die Frage der Berufung bezw. der Revision gegen die Urteile der Schöffen- bezw. Geschworenengerichte anlangt, so muß Grundsatz werden, daß jedes erstinstanzliche Urteil durch die Berufung, jedes zweitinstanzliche Urteil noch durch die Revision angefochten werden dürfe, sowie daß auch in den Berufungsgerichten das Laien-Element überwiegen müsse.

Bei solchen Grundsätzen wäre die Bildung und Domizilierung der Berufungsgerichte dann von geringerer Bedeutung.

Der Kampf gegen die Schwurgerichte ist ein Ausfluß der heute alle Gebiete des öffentlichen Lebens überflutenden Reaktion. Und da diese heute mit einer Unzahl Paragraphen und Polizeiverordnungen verfolgt, was durchaus nicht Unrecht ist, oft sogar edelster Regung entsprießt, andererseits recht hart gestraft wird, des ferneren aber eine Umgestaltung der Justiz in volkstümlichem Sinne um so leichter wird, je mehr Justizbeamte überflüssig gemacht werden, so haben alle Glieder des Volkes, die schwer ringende Arbeiterklasse zu allererst geradezu ein Lebensinteresse an der Erhaltung und volkstümlichen Fortentwicklung der Schwur- und der Schöffengerichte.

Badischer Landtag.

(48. Sitzung.)

Karlsruhe, 21. März.

Die Schenkeldebatten

dürften mit dem gestrigen Tage ihr Ende erreicht haben. Das Publikum war wieder sehr zahlreich erschienen; Galerie und Logen waren dicht besetzt. Wer auf irgendwelche sensationelle Vorgänge spekuliert hat, kam nicht auf seine Kosten. Die Sitzung war zwar interessant, aber sie verlief sehr ruhig. Zuerst bestieg Herr Frühauf das Seil. Frühauf ist in allen Dingen ein Optimist, der den Himmel voller Baßgeigen hängen sieht. Minister Schenkel sei ein liberaler Minister — meinte Herr Frühauf. Wir hätten Herrn Frühauf etwas mehr Verständnis für das, was man unter liberal zu verstehen hat, zugetraut.

Herr Heimburger brachte einige Beschwerden zum Vortrag. Genosse Lehmann ging noch einmal ausführlich auf die Schenkelsche Rede vom letzten Samstag ein und kritisierte dann die Haltung des nationalliberalen Fraktionschefs, der um die Kernfrage herumgegangen ist, wie die Katze um den heißen Brei. Auch auf die Ausführungen des Zentrumschefs replizierte Lehmann.

Genosse Kräuter stellte einige irrtümliche Auffassungen des Ministers richtig und kritisierte dann die kleinlichen Polizeimaßregeln anläßlich der Kranzniederlegungen auf den Gräbern der Gestandrechteten.

Eine sehr wirkungsvolle Rede hielt Genosse Dr. Frank. Der Schluß der heutigen Sitzung wurde mit einer Debatte über die Zwangserziehung ausgefüllt.

Genosse Eichhorn machte dabei auf verschiedene Mängel des bestehenden Gesetzes aufmerksam.

*

Präsident **Wilckens** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister Schenkel und Regierungs-Kommissäre.

Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Eingegangen ist eine Bitte der Eisenbahnbeamten und Arbeitervereine wegen Verbesserung der Lage des Eisenbahnpersonals.

Abg. **Frühauf** (freis.) befürwortet die Einführung von Doppelpatrouillen für die Schutzleute, besonders in den Nächten von Samstag auf Sonntag. Inbezug auf die Streitfrage der Debatte glaubt Redner feststellen zu dürfen, daß die Meinung des Ministers über das Beamtenrecht von keiner Seite geteilt würde. Die vom Minister vertretene Meinung, daß sich Beamte mit ihren Bitten und Beschwerden nicht an sozialdemokratische Abgeordnete wenden dürften, verstoße aber auch gegen die Verfassung. Es sei aber auch falsch, anzunehmen, daß diese Beamten etwa in ihrem Innern sozialdemokratisch seien. Unverständlich aber sei die Aufregung des Kollegen Geck gewesen, dessen Verhalten der Sache selbst in keiner Weise einen Dienst geleistet habe. Der Minister, der an Stelle Schenkels gewünscht werde, müsse wie Fehrenbach aussehen (Heiterkeit) und dies werde wohl Geck kaum wünschen. Fehrenbach habe seine Schadenfreude über die gegenwärtige Situation kaum verbergen können. Inbezug auf die Sozialpolitik sei der Minister fortschrittlich, das müsse eigentlich auch die Sozialdemokratie anerkennen.

Abg. **Heimburger** (Dem.) will auf die Revolution nicht zurückkommen. Man sollte überhaupt die Ereignisse von 1848 und 49 vom Standpunkt der historischen Entwicklung betrachten und nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus. Das gilt für alle Seiten dieses Hauses. Ueber die Klagen der Beamten und den Ueberfluß der Bitten könne er nur sagen, die Regierung möge endlich eine Beamtengesetzgebung schaffen, unter der berechtigte Klagen nicht mehr möglich seien. Mit unberechtigten Klagen würde die Kammer dann schon fertig werden.

Abg. **Lehmann** (Soz.):

Daß wir gegen alles Erwarten auch in der Spezialdebatte in die Wogen der hohen Politik hineingetragen sind, verdanken wir einmal dem voreiligen Verbot der Mannheimer Demonstration für die 1849 Erschossenen, sodann aber auch dem Vorgehen des Ministers am letzten Samstag. Die Stellung, welche der Minister in seiner Samstagrede hinsichtlich der Beschwerden, die Beamte sozialdemokratischen Abgeordneten vortragen, eingenommen hat, ist verfassungswidrig. Darüber kann nach den klaren Bestimmungen unserer Verfassung gar kein Zweifel sein. Von verschiedenen Seiten wurde an dem Vorfall vom letzten Samstag Kritik geübt. Nun, Belehrungen darüber, wie wir uns in solchen Fällen zu verhalten haben, müssen wir ablehnen. Grundsätze, wie sie der Minister am Samstag hier vertreten hat, darf sich die Kammer einfach nicht bieten lassen. Der Minister ist sich in der von ihm vertretenen Sache auch nicht konsequent. Es wohnen zwei Seelen in seiner Brust, eine bureaukratisch-kapitalistische und eine sozusagen liberale. Dem Abg. Binz ist es anscheinend sehr schwer gefallen, seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu vertreten. Um den Rank zu finden, hat er die badischen Sozialdemokraten als Revisionisten bezeichnet. Die badischen Sozialdemokraten sind nicht besser und nicht schlechter als ihre Parteigenossen allüberall sonst. Auf die Frage: Revolution oder Evolution will ich hier nicht eingehen. Ob es zu Revolutionen kommt oder nicht, das hängt nicht von unseren Wünschen ab, sondern von dem Verhalten der jeweils herrschenden Klassen. Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsform eine andere gesellschaftliche Basis notwendig machen, so hängt es ganz und gar davon ab, inwieweit die herrschenden Klassen der Entwicklung Konzessionen machen, ob diese Entwicklung eine friedliche oder eine gewaltsame sein wird. Der Minister hat von der Militär-Emeute des Jahres 1849 gesprochen. Ich erinnere daran, daß das badische Militär bereits auf die Reichsverfassung beeidigt war. Uebrigens haben sich im Jahre 1866 Vorgänge abgespielt, die teilweise auch einen revolutionären Charakter getragen haben. Wir unsererseits wünschen nur, daß die herrschenden Klassen rechtzeitig einlenken.

Abg. Binz hat unter anderem gemeint, wenn einmal ein Anarchist in dieses Haus käme, so könne man doch nicht zugeben, daß Beamte sich mit ihren Beschwerden an einen Anarchisten wenden. Abgesehen davon, daß jeder Abgeordnete, gleichviel welcher politischen Richtung er angehört, vor der Verfassung gleichberechtigt ist, kann ein Anarchist gar nicht in das Parlament gewählt werden, da ja die Anarchisten die parlamentarische Aktion grundsätzlich ablehnen.

Der Abg. Fehrenbach hat auch wieder gefragt, wie meine Partei über die Erhebungen gegen die Geistlichen denke. Ins drei Teufelsnamen erkläre ich, daß meine Partei ein Unrecht auch gegen die Geistlichen nicht dulden werde.

Präs. **Wilckens**: Sie können hier keine Erklärung in drei Teufelsnamen abgeben. (Heiterkeit.)

Abg. Geck (Soz.): Es gibt nur einen Teufel.

Abg. Frühauf (freis.): Fünfmalhunderttausend Teufel! (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Lehmann** (fortfahrend): Ich wiederhole, was schon einigemale von unserer Seite gesagt wurde, daß wir jedes Unrecht verwerfen, gleichviel gegen wen es verübt wird. In Konsequenz dieser Auffassung fordern wir auch die Beseitigung aller Privilegien. Abg. Fehrenbach hat einen Unterschied zwischen der bürgerlichen Revolution und einer militärischen Emeute konstruiert. Ich wäre wirklich neugierig, wie sich der Abg. Fehrenbach gegenüber den Vorgängen in Frankreich verhält, wo die Offiziere sich den Befehlen wegen der Inventuraufnahme widersetzen. Was der Abg. Fehrenbach über die Verschärfung der Beamtendisziplin gesagt hat, können wir nicht akzeptieren. Wenn wir Beschwerden der Beamten nicht mehr persönlich entgegennehmen könnten, so würde die Zahl der Petitionen eine erheblich größere sein. Es ist das Recht eines jeden Beamten, sich an denjenigen Abgeordneten zu wenden, zu dem er das größte Vertrauen hat. Der Minister hat dem Wort Proletarier einen Begriff unterschoben, den es nicht hat. Proletarier ist jeder, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können. Was hier an Beschwerden über die Behandlung der Polizisten vorgebracht wurde, mußte gesagt werden. Der Minister hat mit Unrecht die Vorgänge in Mannheim gegen die Sozialdemokratie ausgespielt und mit einem Taschenspielerkunststückchen . . .

Präs. **Wilckens**: Ich rufe den Abgeordneten zur Ordnung.

Abg. **Lehmann** (fortfahrend): Der Minister hat mit einem Kunststück den sozialdemokratischen Abgeordneten verschwinden lassen und ein sozialdemokratisches Beschwerdebureau an dessen Stelle gesetzt. Ein solches gibt es aber nicht.

Abg. **Kräuter** (Soz.):

Ich habe in meiner Rede vom Samstag vorausgeschickt, daß es sich nicht darum handelt, den Minister mit Vorwürfen zu überschütten, sondern Beschwerden vorzubringen. Der Minister hat meine Ausführungen sehr mißverstanden. Solche Darlegungen, wie er sie gemacht hat, sind nicht geeignet, die Zusammenarbeit zu fördern. Wir lassen es uns nicht verbieten, mit den Beamten zu verkehren. Warum sollen denn die Schutzleute sich nicht an den Abgeordneten wenden dürfen, der von hohen Beamten und Reserveoffizieren mitgewählt wurde. (Große Heiterkeit.) Der Minister hat meine Berechnung über die Bezahlung der Schutzleute auf die Stunde sehr übel genommen. Nun, ein solcher Vergleich muß doch gestattet sein. Konkrete Fälle über Beschwerden werde ich nicht vorbringen, so lange ich keine Garantie habe, daß meine Vertrauensmänner nichts zu fürchten haben. Wie kleinlich manchmal die Polizeimaßregeln sind, dafür nur einen Beleg von vielen. In Freiburg liegt Dortu. Auf das Grab dieses Mannes legten wir ein im Jahre 1849 Gestandrechteter begraben, Max jedes Jahr einen Kranz mit roter Schleife, auf dem die Worte standen: „Den Toten zur Ehr, den Lebenden zur Wehr." Diese Schleife wurde immer entfernt. Ich habe sie dann jeweils kurz vor dem Todestag Dortus auf dem Bezirksamt wieder geholt. (Heiterkeit.) Wir haben dadurch Geld gespart. Im letzten Jahre haben wir eine Schleife ohne Inschrift benützt; auch diese Schleife wurde konfisziert. Ich meine, diese Dinge könnte man füglich unterlassen. Abg. Fehrenbach hat mich als Bammert des hohen Hauses charakterisiert. Nun, ich fühle mich mit dem Kollegen Fehrenbach kollegialisch. Er hat sich gestern als Bammert der Beamtendisziplin aufgespielt. Wenn ich der Bammert bin, dann ist Herr Fehrenbach der Oberbammert. (Heiterkeit.)

Abg. **Schmidt**-Breiten glaubt darauf hinweisen zu sollen, daß bei den letzten Wahlen die Militärvereine für diejenigen eingetreten seien, die in diesem Hause für die Revolution und die Vertreibung der Dynastie eingetreten seien. Das Tischtuch zwischen Sozialdemokratie und Minister scheine vorerst zerschnitten. Die konservative Partei habe kein Vertrauen zu dem Ministerium, das die Wahlbeeinflussung seiner Beamten gutgeheißen.

Abg. **Wittum** (natl.) anerkennt die Rede des Ministers, die den Ton unbeugsamen Willens gezeigt. Nach seiner Erfahrung habe sich in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen mehr und mehr die Ansicht gefestigt, daß bei einem Teil der Beamtenschaft eine bedenkliche Disziplinlosigkeit eingetreten sei. Das Ministerium möchte er bitten, den Vorgesetzten der Schutzmannschaft etwas von jenem Geiste sozialen Fühlens anzuempfehlen, von dem der Minister ja beseelt. Die Verherrlichung der badischen Militärrevolution von 1849 durch den Abgeordneten Eichhorn habe um so peinlicher gewirkt im ganzen Volk gerade in dem Jahre, in dem unser Großherzog, der Vater des Vaterlandes, der im Jahre 1849 vor einer Rotte betrunkener Dragoner geflüchtet, seinen achtzigsten Geburtstag feiert.

Abg. Dr. **Frank** (Soz.):

Der Herr Abg. Wittum hat sich darüber aufgehalten, daß der Spaziergang der Mannheimer Bevölkerung in dem Umfang nicht stattgefunden habe, wie der Herr Abg. Wittum ihn erhofft hatte. Wenn das nicht der Fall gewesen ist, wenn wir in der Lage waren, statt durch die Bismarckstraße in den Wald zu gehen, so hat sich darüber niemand mehr gefreut, als wir. Wenn der Herr Abg. Wittum die Zeitungsberichte gelesen hat, dann hat er vielleicht erfahren, daß mehr als 10 000 Menschen hinausgezogen sind zu den Gräbern derer, die im Jahre 1849 erschossen worden sind. Und glauben Sie es nur: Wenn von seiten der Leiter der Arbeiterbewegung nicht verkündet worden wäre: Nachdem die Schutzleute sich anständig benommen und sich zurückhaltend betragen haben, sollte auch die Demonstration in der Bismarckstraße unterbleiben; die Bismarckstraße hätte wirklich gedröhnt von den Tritten derer, die durchmarschiert; und nicht bloß Sozialdemokraten wären durchmarschiert, sondern es wären auch Hunderte und Tausende derer gekommen, die bisher gewohnt waren, dem Herrn Abg. Mayer ihre Stimme zu geben.

Im übrigen hätte auch der Herr Abg. Wittum kaum Anlaß gehabt, auf die paar hingeworfenen Bemerkungen meines Freundes Eichhorn hin nun diese große, mit recht viel Pathos vorgetragene

Rede auf Kaiser Wilhelm zu halten. Der Herr Abg. Eichhorn hat nicht beabsichtigt, irgendwelche Demonstration gegen das Andenken dieses Mannes hier zu veranstalten. Er hat lediglich, nachdem einmal die Revolution von 1849 hier zur Sprache gekommen war und nachdem von seiten der Regierung, von seiten des Herrn Ministers das Andenken jener Helden aus jener großen Zeit nach meiner Ueberzeugung in den Kot gezogen wurde . . .

Präsident Dr. Wilckens: Das ist eine Aeußerung, die ich beanstanden muß. Sie dürfen nicht sagen, daß der Herr Minister das Andenken dieser Leute in den Kot gezogen habe.

Abg. Dr. Frank (fortfahrend): Nur objektiv habe ich es gemeint. (Heiterkeit.) Deswegen hat der Herr Eichhorn geglaubt, im Interesse der historischen Wahrheit auch die andere Seite dieser Frage hier anschneiden und betonen zu müssen, daß ein großer Teil derer, die das Andenken jener Zeit hochhalten, gleichzeitig auch nicht vergessen haben, daß es ein späterer deutscher Kaiser gewesen ist, der damals das Kommando geführt hat bei der Armee, die in Baden eingefallen ist.

Um nun auf die Sache selber zu sprechen zu kommen, so wurde von mehreren Seiten hier im Hause und außerhalb des Hauses gesagt, es sei furchtbar unrecht, daß wir hier in der Kammer Angriffe richteten gegen einen Minister, bei dem doch sicherlich nichts besseres nachkomme". Der Herr Minister habe in mehrfachen Beziehungen gezeigt, daß er so etwas wie Liberalismus noch in seinem Herzen trage. Nun, ich meine, wenn die Logik richtig ist, die vor einigen Tagen von dem Fraktionschef der nationalliberalen Partei hier vertreten worden ist, wonach wir nämlich durch unsere Angriffe auf den Herrn Schäfer in Mannheim die Stellung dieses Herrn gefestigt haben, dann müßten wir von dem Herrn Minister eigentlich einen Orden bekommen für das, was wir getan haben; denn wir haben ja seine Stellung gefestigt für undenkbare Zeit. Er sollte uns dankbar sein, daß wir aufs neue den Verdacht zerstreut haben, dem der Herr Abgeordnete Schmidt Ausdruck verliehen hat, daß vielleicht der Herr Minister Schenkel ein geheimer Parteigenosse von uns ist. (Heiterkeit.) Ich glaube, in den Verdacht kommt er jetzt nicht mehr; er hat wohl auch nicht mehr nötig, durch recht energische Betonung seiner antisozialistischen Gesinnung zu beweisen, daß er tatsächlich bis jetzt eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei nicht sei.

Ich muß gestehen, ich habe immer mit großen Zweifeln den Bemerkungen gelauscht, die gelautet haben: wir hätten einen liberalen Minister. Ich habe mich immer gefragt: wo steckt denn eigentlich dieser Liberalismus? Der Herr Minister weiß ihn recht geschickt zu verbergen. Wenn die Fragen der auswärtigen Politik in Rede stehen, dann richtet er sich immer nach den Wünschen von Preußen. Wenn Fragen der inneren Politik zur Verhandlung stehen, dann richtet er sich, wie behauptet wird, nach sehr hohen Stellen. Also was bleibt dann noch übrig? In der auswärtigen Politik und in der inneren Politik vertritt er keine liberalen Grundsätze, und mit dem, was sonst noch übrig bleibt, damit kommen wir nicht weiter. Es ist ja möglich — ich weiß das nicht, — daß der Herr Minister lediglich, um sich ein Fortwirken, Fortarbeiten möglich zu machen, hier in der Kammer diese scharfen Reden gegen uns hält — und das hat er getan, und die Taten kommen auch, sie sind zum Teil auch schon gefolgt — das ist eben für uns ein Minister, zu dem wir unmöglich mehr Vertrauen haben können. Er wird das sicherlich auch nicht verlangen; er würde sogar wohl erschrecken, wenn wir ihm unser Vertrauen äußern würden; wir haben ihm ja den gegenteiligen Gefallen in der gründlichsten Weise getan.

Wenn ich vorhin sagte, ich vermisse beim Minister den Liberalismus, so denke ich dabei namentlich an seine Auffassung auf allen Gebieten der Sozialpolitik. Es hat in den letzten Wochen ein paar Augenblicke bei Besprechung der Frage der Heimarbeit und der Wohnungsfrage so geklungen, als wenn der Herr Minister ein kleines Titelchen modernen Verständnisses für derartige Fragen hätte. Aber was wir in den letzten Tagen gehört haben, hat all das wieder vollständig in unserer Erinnerung ausgewischt. Ich denke namentlich an die jetzt wiederholt erörterte Frage, was ein Proletarier ist. Die Auffassung, die der Herr Minister vertreten hat, daß auch der Lohnarbeiter nicht der Proletarier sei, sondern daß das nur, wie er sich ausdrückte, der Auswurf der Menschheit sei, das ist eine Auffassung, die so völlig haltlos, so unmöglich und unhistorisch ist, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche. Der Herr Minister wäre ein guter Philologe geworden. Es ist richtig, vor zweitausend Jahren war ein Proletarier etwas ganz anderes, war es ein Mann, der Kinder hatte und nichts arbeitete, der möglicherweise der öffentlichen Fürsorge anheimfiel. Aber der Herr Minister weiß doch, oder sollte doch wissen, so gut wie wir alle in diesem Hause, daß das Wort Proletarier seinen festgeprägten neuen Sinn bekommen hat. Schon vor mehr als fünfzig Jahren sind die Proletarier aufgefordert worden, die Proletarier aller Länder, sich zu vereinigen. Damals haben sich sicherlich Karl Marx und Friedrich Engels nicht an den Auswurf der Menschheit wenden wollen, sondern sie wollten sich wenden und haben sich gewendet an die Lohnarbeiter, die von ihrer Handarbeit leben. Ich will übrigens daran erinnern, daß nicht nur das Wort Proletarier im Laufe der Zeit einen anderen Sinn bekommen hat, sondern z. B. auch das Wort „Minister"; das stammt auch aus dem Lateinischen und hat ursprünglich Knecht geheißen. Was würde der Herr Minister dazu sagen, wenn wir nun einmal davon reden wollten, daß wir unter seinem Titel einen Knecht verstehen und nicht etwa einen höheren Beamten? Das wäre genau so sinnlos, als wenn, wie es der Herr Minister getan hat, man unter einem Proletarier einen Auswurf der Menschheit versteht und nicht einen Mann, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können.

Wenn mein Freund Kräuter die Schutzleute Proletarier genannt hat, so hat er lediglich sagen wollen, daß die Leute proletarische Lebenshaltung haben; und es ist kein Zweifel, daß das zutrifft, (Sehr richtig!), und nach der speziellen Auskunft über die Löhne, die Herr Kollege Kräuter angeführt hat.

Wenn ich sagte, daß der Herr Minister kein Verständnis habe für die modernen sozialen Verhältnisse, so dachte ich auch an seine Bemerkungen in den letzten Tagen, wo er sich ganz besonders warm ins Zeug gelegt hat für die Leute, die bei den Streiks ihren Arbeitskollegen in den Rücken fallen. Er redete von braven wackeren Familienvätern, die den Streik im Interesse ihrer Familie nicht mitmachen. Die Auffassung, daß es brave wackere Familienväter waren, die bei Streiks nicht mitgemacht hatten, hat einmal eine Rolle gespielt in schlechten französischen Gedichten, den „Streik der Schmiede" und ähnlichem. Wie die Verhältnisse heute liegen, wird dem Herrn Minister jeder Professor der Nationalökonomie an den badischen Hochschulen sagen können, daß in den meisten Fällen gerade diejenigen Leute der Auswurf sind, von denen der Herr Minister geredet hat, diejenigen, die sich den Gewerkschaften nicht anschließen, oder die nicht aufgenommen werden, weil sie unregelmäßig arbeiten oder Trunkenbolde sind, oder diejenigen, die sich nicht dazu aufschwingen können, im Interesse ihrer Familien als wackere Familienväter die Gewerkschaft als Sparkasse zu benutzen. Wenn der Herr Minister vielleicht einmal eine Anfrage machen würde bei den zuständigen Behörden, den Fabrikinspektionen, so würde er auch bestätigt erhalten, daß in mehreren Berufen, und gerade auch in denjenigen Industriezweigen, in denen der Minister eingreifen will, nämlich bei der Heimarbeit, der große Mangel an genügender Organisation es ist, der verhindert, daß diese schweren sozialen Schäden endlich geheilt werden. Sie dürfen glauben, wenn in der Zigarrenindustrie die Organisation eine bessere wäre, gäbe es dort nicht die entsetzlichen Löhne, von denen wir in den letzten Tagen gehört haben. Wenn der Herr Minister ernstlich die Frage der Heimarbeit in Erwägung ziehen will, muß er sich darüber freuen, wenn der brave wackere Familienvater in die Organisation hineingeht und sich schämt, seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen.

Die Frage, um die die Debatte sich seit ein paar Tagen fast ausschließlich dreht, ob nämlich die Schutzleute sozialdemokratischen Abgeordneten Mitteilungen machen dürfen oder nicht, ist von großer praktischer Bedeutung für uns nicht. Die letzten Tage haben uns sehr stark bewiesen, daß die Schutzleute nach wie vor uns Mitteilungen machen, ob es der Herr Minister gerne hat oder nicht; und sehr viel höher stehende Beamte tun das gleiche. Wenn wir uns hier verwahren gegen die Auffassung des Herrn Ministers, so geschieht das aus prinzipiellen Gründen und zur prinzipiellen Wahrung des gleichen Rechtes der sozialdemokratischen Abgeordneten und des gleichen Rechtes der Beamten. Es handelt sich nicht darum, daß die Schutzleute Sozialdemokraten würden oder seien, denn das ist etwas anderes; jedoch ist es zweifellos, und es müßte wunderbar zugehen, wenn nicht die Schutzleute in zahlreichen Fällen Sozialdemokraten würden. Sie schicken die Schutzleute so häufig in unsere Versammlungen! Sie lassen sie so häufig sozialdemokratische Versammlungen überwachen! Glauben Sie, daß dies ohne Wirkung auf die Schutzleute bleibt? Schicken Sie die Leute doch einmal eine zeitlang in nationalliberale Versammlungen (Heiterkeit), meinetwegen auch in Zentrumsversammlungen; vielleicht werden sie dann die nötige staatserhaltende Gesinnung mit nach Hause nehmen.

Das, was der Herr Minister mit seinen Ausführungen bezweckte, und wenn es nach ihm ginge, auch erreichen würde, das wäre die Herstellung eines blinden Kadavergehorsams der Beamten. Da schon so viel von 1848—49 die Rede gewesen ist, will ich Sie daran erinnern: Wäre es denn möglich gewesen, daß mit einem Schlag die revolutionäre provisorische Regierung des badischen Landes hätte durchgeführt werden können, wenn nicht jahrelang in den Beamten dieser Kadavergehorsam künstlich gezüchtet worden wäre? Die Grundsätze, die der Herr Minister hier vertritt, waren die Grundsätze der der Revolution vorausgehenden badischen Ministerien, die die Beamten künstlich gehindert haben, zu Persönlichkeiten zu werden und politische Ueberzeugungen zu haben oder zu äußern; die Leute waren nur gewöhnt zu gehorchen. Wie die Revolution kam, hat man einfach den Minister vom hohen Sessel heruntergeholt und hat den Revolutionär darauf gesetzt, und die Beamten haben nach wie vor gehorcht, nur einem anderen Herrn. Das sind die Früchte, die Sie zeitigen mit ihrem Versuch, den Beamten ihre verfassungsmäßigen Rechte zu nehmen! Es wäre in Ihrem Interesse, wenn Sie keine Maschinen im Dienste hätten, sondern Persönlichkeiten. Ich meine aber, bei allen den Warnungen, die darin gipfelten, daß es nicht angängig sei, daß ein Schutzmann, überhaupt ein Beamter, durch Mitteilung die Partei des Umsturzes unterstütze, muß jedermann eine Inkonsequenz aufgefallen sein, die Inkonsequenz, daß nämlich der Herr Minister immer an uns die Frage richtete: Ja, wie stellen Sie sich denn zur Monarchie? Ich glaube, ein Anlaß zu dieser Frage war nicht gegeben, da bisher ein Initiativantrag auf Abschaffung der Monarchie in Baden nicht gestellt worden ist. Wenn Sie aber schon einmal die Frage stellen, wenn Sie immer die Umsturzidee identifizieren damit, daß jemand antimonarchisch ist, dann frage ich einmal: Hat die Verfassung, die Reichsverfassung und die badische Verfassung, keine andere Bestimmung als diese monarchische Grundlage? Gibt es z. B. nicht eine Bestimmung, daß wir einen Reichstag haben mit allgemeinem gleichem direktem Wahlrecht? Und würden diejenigen, die diese Grundlage unserer ganzen Reichsverfassung umstürzen, sich nicht des schlimmsten Umsturzes schuldig machen? Ich frage nun, behandelt die Regierung diejenigen Männer, die mit Gewalt, mit Revolution von oben die Reichsverfassung stürzen, das Reichstagswahlrecht abschaffen wollen, auch als Leute minderen Rechts, als Leute, mit denen ein Beamter nicht reden darf? — Nein, die Regierung stellt diese Leute an als Professoren an Hochschulen, ich erinnere an Professor Jagemann, der in einer Weise, die von der ganzen Wissenschaft einmütig zurückgewiesen wurde, die Theorie aufgestellt und gelehrt hat, daß die Regierungen im Widerspruch mit der Verfassung das Recht hätten, einseitig die Reichsverfassung durch Verträge, wie er es nennt, abzuändern und das Reichstagswahlrecht abzuschaffen. Er hat behauptet, die Fürsten könnten ohne Mitwirkung der Volksvertretung von sich aus die Verfassung ändern! Hat der Herr Minister ein Wort des Tadels gefunden gegen derartige Gedanken, die doch der Empfehlung der Revolution ähnlich sehen wie ein Ei dem andern? Verbietet er auch den Schutzleuten, bei ihm zu hören? Wir wollen das gar nicht! Wir wollen, daß die Wissenschaft frei bleibt selbst bis zum Mißbrauch, aber für die Beurteilung der Frage, was der Herr Minister unter „Umsturz" versteht, ist uns das recht interessant. Die Verfassung ist ihm heilig und die schützt er mit aller ihm zur Verfügung stehenden Redegabe. [illegible] betrachtet die als Umstürzler, die an der Verfassung etwas auszusetzen haben; richtet es sich aber gegen die verfassungsmäßige Grundlage, sind es konservative Herren, die den Umsturz predigen, dann sind sie willkommen, dann findet er wenigstens nicht die starken Worte des Tadels, die er uns gegenüber gefunden hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen, die der Herr Abg. Fehrenbach gemacht hat über die nach seiner Ansicht gefährdete Disziplin der Beamten, werden im Land interessiert haben. Er hat hervorgehoben, er habe den Mut, das hier zu sagen. Aber ich meine, die Beamten werden erkennen, zu welchen Konsequenzen es führt, daß sie die volkstümlichen Worte des Zentrums vor der Wahl ernst genommen haben. Ich habe vor kurzem Gelegenheit genommen, meiner Freude Ausdruck zu geben, daß in der Frage des Versammlungs- und Vereinsrechtes das Zentrum die frühere Bahn nicht verlassen habe. Nachdem ich aber jetzt gesehen habe, wie aus angeblichen Gründen der Staatsraison der Fraktionschef des Zentrums umspringt mit dem Petitions- und Versammlungsrecht der Beamten, da muß ich sagen, ich bin keineswegs überzeugt, daß, wenn der geeignete Moment gekommen ist, das Zentrum auch [illegible] machen wird vor dem Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterschaft. Ich muß gestehen, daß, nachdem der Abg. Fehrenbach und der Abg. Schenkel (Heiterkeit), der Minister Schenkel sich förmlich in den Armen gelegen haben, bildlich gesprochen, mein Vertrauen zu der Weiterentwicklung des Zentrums ganz erheblich erschüttert ist.

Ich komme damit zum Schlusse meiner Ausführungen. Wir haben nichts zu korrigieren an dem, was wir getan haben. Wir haben gegenüber dem Herrn Minister Schenkel genau das gleiche Vertrauen heute wie vor zwei und fünf Tagen, wenn von mehreren Seiten im Hause der Ton getadelt worden ist, mit dem sich förmlich eruptiv von seiten mehrerer Abgeordneter meiner Fraktion der Unwille geäußert hat über die Aussprüche des Herrn Ministers, so meine ich, daß derjenige, der diese dramatische Szene, wie sie höhnisch genannt worden ist, miterlebt hat, meines Erachtens nicht sagen darf, daß er nicht Respekt gehabt hat in dem Augenblick vor dem, was er gehört hat. Es mag vielleicht für ästhetisch verwöhnte Ohren nicht fein geklungen haben, aber wer offen und ehrlich ist, wird sagen, er hat in dem Augenblick, wo der Herr Kollege Geck mit etwas lauter Stimme gesprochen hat, gemerkt, es war der ehrliche Aufschrei eines in seinen heiligsten Rechten gekränkten Abgeordneten! Wenn der Herr Abg. Geck etwas laut gesprochen hat, so glaube ich, war es das Wort eines Mannes, der sich in einer Stellung gegenüber einem Minister gesehen hat, dem er eben mit Worten in dem Augenblick nur schwer antworten konnte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Rebmann** (natl.) meint, daß die heutigen sozialdemokratischen Redner den Rückzug angetreten; [illegible] erinnert an das Wort des Großherzogs über die Bewegung von 1849, das dahin gegangen, daß die Bewegung auf so nationaler Grundlage beruhte, daß sie durch die Verwirrungen, welche die Ausartung derselben hervorrief, der gute Kern dieser Bewegung nicht unterdrückt werden könnte. Die Männer aber aus jener Zeit, die die Erde deckt, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie sehen würden, welche Partei heute sich dieser Bewegung bemächtigt. Redner polemisiert scharf gegen die Taktik Fehrenbachs, der auch in dieser Debatte wieder versucht, Steine auf den Minister zu werfen, [illegible] könne sich nur den Worten Frühaufs anschließen, daß der Minister ein liberaler Mann sei, trotz der kleinen Differenzen der letzten Tage.

Abg. **Duffner** (Zentr.) bespricht die Gründung von Fischereigenossenschaften in den Schwarzwaldgewässern, ebenso die Verseuchung der Fischwasser durch die Abwässer der Fabriken, die alles mögliche tun, um die Verseuchung zu verhindern.

Abg. **Müller** (natl.) befürwortet, daß auch den Fabrikärzten in notwendigen Fällen gestattet sei, die Gützüge zu benützen, wie es den Menschenärzten erlaubt ist.

Geh. Oberregierungsrat **Glockner** erörtert die gesetzlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes bei Versammlungen unter freiem Himmel, die in der Hauptsache dahingehen, dieselben 48 Stunden vorher behördlich anzumelden. Gegen das Niederlegen von Kränzen und [illegible] mit roten Schleifen sei nichts einzuwenden gewesen. [illegible] die geplante Fischereigenossenschaft an der Breg betreffend, so werde den erhobenen Beschwerden nachgegangen. [illegible] in den Sitzungen vorgebrachten Beschwerden der Schutzleute würden eingehend geprüft. Auch die Regierung sei der Meinung, daß die jungen Verwaltungsbeamten [illegible] an jenem sozialen Gein teilnehmen, den der Abg. Duffner dem Minister nachgerühmt.

Die Abgg. **Süßkind** und **Eichhorn** (Soz.) werden

Kleines Feuilleton.

Ein oberschlesisches soziales Sittenbild

von entsetzenerregender Häßlichkeit bot der Gattenmordprozeß Thomanek-Kalus. Ein neunzehnjähriger Bursche, der Grubenarbeiter Thomanek und seine um zehn Jahre ältere Geliebte, die Bergmannsfrau Kalus, standen vor den Geschworenen, in Beuthen unter der Anklage, den Gatten der Kalus, einen harmlosen Menschen, gemeinsam erdrosselt zu haben, da er ihnen im Wege war. In welcher Weise bei der mit gräßlicher Roheit verübten Tat die Rollen zwischen den beiden verteilt waren, wird wohl unaufgeklärt bleiben, vor Gericht schob jeder der beiden dem anderen die Täterschaft zu und erst nachdem der Wahrspruch der Geschworenen gefällt war, durch welchen Thomanek des vollendeten Mordes, die Kalus der Beihilfe schuldig gesprochen wurde, erklärte der Bursche in dem offenbaren Bestreben, noch im letzten Augenblicke vor Festsetzung der Strafe seine Genossin möglichst „herinzulegen", er hätte den Kalus allerdings ermordet, die Frau hätte aber mitgeholfen. Wahrscheinlicher ist, daß die Frau nur moralische Beihilfe geleistet hat, während die Tat selbst allein von dem Liebhaber ausgeführt wurde. Diese Auffassung vertrat auch der Staatsanwalt und der Wahrspruch der Geschworenen bekundete den gleichen Standpunkt.

Daß den unsagbar traurigen sozialen Verhältnissen der oberschlesischen Arbeiterbevölkerung ein furchtbares Maß Mitschuld auch an diesem grausamen Verbrechen zuzuschreiben ist, kann garnicht bestritten werden.

Man vergegenwärtige sich nur die Lebensverhältnisse der handelnden Personen, wie sie die Gerichtsverhandlung vor aller Augen enthüllte: In einer aus einer Stube und Küche bestehenden Wohnung hausten Kalus mit Frau und vier Kindern und der Schlafbursche Thomanek! Während der letztere Tagschicht hatte, war Kalus des Nachts in der Arbeit und der damals 18jährige Thomanek teilte während der Nacht mit der nach Aussage der Zeugen den Männern sehr geneigten Frau und den vier Kindern den gemeinsamen Schlafraum. Wohin das führen mußte, auch wenn der junge Bursche nicht der moralisch verkommene, rohe, gewalttätige und ebenfalls stark sinnlich veranlagte Mensch gewesen wäre, der er nach der Beweisaufnahme war, bedarf keiner Erörterung. Unsere ehrbaren bürgerlichen Damen werden sicher beim eifrigen Studium der Prozeßverhandlungen vor Entsetzen über das sittenlose Treiben ihrer proletarischen Geschlechtsgenossin in heftige moralische Entrüstung ausbrechen. Das ist ihr gutes Recht, denn sie sind, Gott sei Dank, nicht so wie jene Sünderin, Aber wie viele von ihnen, in den gleichen jämmerlichen Lebensverhältnissen aufgewachsen, mit ähnlichen Anlagen, den gleichen Versuchungen ausgesetzt, wie jene Arme, widerstanden haben und „brav" geblieben sein würden, das ist eine andere Frage.

Nicht weniger wie 21 Arbeiterfamilien wohnten mit den Kalus und ihrem Schlafgänger in dem gleichen Hause in Königshütte, manche wohl unter ähnlichen, wenn nicht schlimmeren Wohn- und Lebensverhältnissen. Männer, Frauen und Kinder, die ganze Nachbarschaft trat in bunter Reihe an den Zeugenstand, um zu schildern, was sie vom Treiben des verbrecherischen Paares, von intimsten geschlechtlichen Vorgängen zwischen den beiden beobachtet hatte. Solche Dinge spielen sich in oberschlesischen Proletarierbehausungen mit erstaunlicher Ungeniertheit, auch vor den Augen der Kinder, ab und man findet nicht viel darin, weils gar so häufig ist und redet nicht viel davon, wenn man nicht vor Gericht dazu gezwungen wird. Solche Dinge hat man als Kind gesehen und erlebt, solche Dinge sehen und erleben die eigenen Kinder, es gehört das zum Leben dieser Armen, — unsere „gebildeten" und natürlich gesitteten Kreise aber wissen sich vor Empörung über die angeblich immer zunehmende Roheit und sittliche Verkommenheit der Arbeiterschaft und insbesondere der jugendlichen Arbeiter nicht zu helfen.

Nun ist das furchtbare Verbrechen nach den Begriffen bürgerlicher Gerechtigkeit gesühnt, die verworfene Frau, die den Gatten töten half, dem sie am Altare, vor Gottes Angesicht, Liebe und Treue für das ganze Leben geschworen, (so ungefähr sprach der Staatsanwalt), geht auf zwölf Jahre ins Zuchthaus und es müßte fast ein Wunder geschehen, wenn der welke, ausgemergelte Körper des Weibes den grausamen Wirkungen dieses unendlich langen Zuchthauslebens widerstehen sollte. Sie wird nach aller Wahrscheinlichkeit für immer beseitigt, unschädlich sein. Noch sicherer aber gilt das für ihren Kumpan, der, noch ein halbes Kind, schon das furchtbare Todesurteil hinnehmen mußte, das vielleicht nach langen, qualvollen Monaten des Harrens durch die Gnade des Königs in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt werden wird. „Die Welt hat nicht viel zu verlieren an diesem Menschen" meinte der Staatsanwalt im Laufe des Prozesses. Und wer kann ihm in dieser Beurteilung widersprechen? In der Tat, an diesen Menschen, so wie sie sind, wie sie geworden sind, ist sehr wenig, nein, ist gar nichts für die Gesellschaft verloren. Aber mußte das so sein, war es unabänderlich, Verhängnis, Schicksal, Gottes Wille oder wie mans sonst nennen will? War es nicht vielmehr die furchtbare Schuld dieser menschlichen Gesellschaft und ihrer Zustände, durch welche jene zu verworfenen, unnützen, ja zu gefährlichen, schädlichen Gliedern dieser Gesellschaft geworden sind? Die sozialen Sittenbilder, die dieser oberschlesische Mordprozeß bietet, geben erschütternde Antwort und sprechen ein verdammendes Urteil über Schuldige, die nicht auf jener Armensünderbank saßen.

Eine Rede Gorkis. Zu Ehren von Maxim Gorki hat der Klub der Sezession in Berlin in seinen Räumen einen Empfangsabend veranstaltet. Während des Essens begrüßte Max Liebermann den russischen Dichter mit einer Ansprache, worauf dieser mit einer Rede antwortete, die in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

Wie die Erde das stolze Herz des Weltalls ist, das unermüdlich in mannhafter Hoffnung schlägt, alles zu verstehen, alle Rätsel zu lösen, das die Harmonie der Schönheit, Wahrheit und Gerechtigkeit erreichen will, so ist die Kunst das große Herz der Erde, welches das ganze Leben umfaßt, all seine Freuden und Schrecken, das stürmische Leben der menschlichen Seele widerspiegelnd, das gierige Streben aller Menschen zur Vervollkommnung. Sie leidet für alle und trauert mit allen, sie ist eine unversiegbare Quelle der Liebe und Wahrheit; gerecht wie die Sonne, preist sie den Helden und liebt auch der Kunstwerke kleinstes; eine Mutter, für die alle Menschen kleine, heißgeliebte Kinder sind. Die Kunst muß frei sein, obgleich alle dunklen und bösen Kräfte des Lebens dagegen waren. Meine Heimat ist das Land der unerträglichsten Leiden der Menschen; das ist auch der Grund, weswegen die Kunst meiner Heimat Leiden und Tod so sehr darzustellen liebt.

Bis in unsere Tage erscheint die Vergewaltigung als Quelle aller Leiden meiner Heimat; doch mein Volk hat sich erhoben, um die schwere zu Boden drückende Last von seinen Schultern zu werfen. Es hat sich erhoben und wird siegen und dann wird es eine neue Kunst schaffen; eine Kunst der Freude, eine helle und stolze Kunst.

Sie, meine Herren, lieben die Kunst und [illegible] ihre Jünger. Ihnen sage ich mit der Stimme meiner Seele: Sie müssen dem russischen Volke im Freiheitskampfe helfen, müssen es tun, damit daß die neue Kunst schneller geboren werde, die Kunst des freien russischen Volkes. In der Kunst wie in der Wissenschaft gibt's nicht Griechen und Judäer, da sind alle — wirkliche Brüder. Sie haben es einmal schon glänzend bewiesen, als Sie zu meinem Schutze herbeitraten; beweisen Sie es nochmals der Welt, indem Sie meinem Volke zu Hilfe kommen!

Beweisen Sie nochmals, daß die Kunst das fühlende Herz der Erde ist, dem alle gleich nahe sind, gleich teuer, das stets mit allen leidet und sich mit allen freut!

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Neue Zeit (25. Heft): Eugen Richter. — Zur Gerichtschronik der Parteipresse. Von U. Flüchtig. — [illegible] Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden. Von Julius Fräßdorf. — Literarische Rundschau: [illegible] fassung und Verwaltungsorganisation der Städte. [illegible]

Gleichheit (Nr. 6): Zum 18. März. Von [illegible] Die Nürnberger Dienstboten rühren sich. Von [illegible] Grünberg. — Verhaftung von Rosa Luxemburg [illegible] Warschau. — Politische Rundschau. — Feuilleton. — [illegible] unsere Kinder.

Wahren Jakob (6. Nummer): Inhalt: Die farbigen Bilder Im Hotel Bülow und Die privilegierte Hammel sowie die Illustrationen Berliner Scharfsinn, Ein [illegible] Denkmal für den Schloßplatz in Berlin 2c. — Der [illegible] liche Teil der Nummer bringt die Gedichte Märzgedanken, Märzbetrachtungen eines Mastbürgers und außer [illegible] reichen kleineren Beiträgen das satirische Feuilleton [illegible] Einigung der Mächte in Algeciras.

sch gegen einzelne Bemerkungen des Vorredners. Der letzte Redner anerkennt, daß die Bezirksämter rasch die Gesuche über die Erwerbung der Staatsangehörigkeit erledigten; er möchte aber die Regierung bitten, den Gesuchstellern bei Beschaffung der Papiere behilflich zu sein, da die Papiere jedenfalls rascher beschafft würden. Man sollte auch etwas toleranter sein bei Aufnahme von Ausländern in den Staatsverband. Bei der Aufnahme in die Zwangserziehung fehle es an der notwendigen Garantie und Vorsicht, denn zahlreiche Mißstände seien zutage getreten. Er halte die Abänderung des betreffenden Gesetzes für geboten unter Einführung des kontradiktorischen Verfahrens. Auch bei der privaten Unterbringung hätten sich große Schäden herausgebildet und würden vielfach solche Untergebrachte in schlimmster Weise ausgebeutet. Endlich vertritt Redner die Interessen der Hausierer, denen gegenüber man gleichfalls etwas toleranter sein sollte und zwar besonders gegenüber den einheimischen Hausierern, die zum Teil Invaliden der Arbeit und auch des Krieges seien.

Abg. **Dieterle** (Zentr.) verteidigt die Zwangserziehung und die Mitwirkung der Geistlichkeit auf diesem Gebiete.

Abg. **Binz** (natl.) findet in dem Verfahren zur Einleitung der Zwangserziehung genügende Garantien, doch böte die Frage zu Erörterungen nach verschiedenen Richtungen Anlaß. Jedenfalls sei die Familienerziehung der Anstaltserziehung vorzuziehen. Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Lehmann** und **Dieterle** wird dieser Gegenstand verlassen, nachdem noch Abg. **Birkenmayer** dargelegt, daß das Verfahren ein außerordentlich sorgfältiges sei und daß obendrein der Instanzen- und Beschwerdeweg nicht fehle.

Geh. Oberregierungsrat **Glockner** betont, daß das Zwangserziehungsgesetz alle Bestimmungen erhalte, die einen genügenden Vollzug garantierten. Den Gedanken müsse er zurückweisen, als ob die ausländischen Hausierer den einheimischen vorgezogen würden.

Es wird hierauf die Sitzung gegen 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr. Fortsetzung.

Badische Politik.

Geistliche als Zentrumspreßzutreiber.

Die liberale Konst. Ztg. veröffentlicht ein ihr in die Hände gefallenes Rundschreiben des Vorstandes und Aufsichtsrates der klerikalen Konst. Nachrichten an die katholische Geistlichkeit des Oberlandes, in dem es u. a. heißt:

Euer Hochwürden!

Der von neuem entbrannte Kulturkampf mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen, namentlich auch gegen die katholischen Geistlichen, macht es uns zur Pflicht, unsere weittragendste Waffe, die katholische Presse, in den Stand zu setzen, den frechen Angriffen der Gegner auf das wirksamste und entschiedenste zu begegnen. Unsere Presse muß darum suchen, durch einen möglichst ausgedehnten, guten Nachrichtendienst aus allen Orten und aus allen Gegenden der gegnerischen ebenbürtig und überlegen zu werden. . . .

Vor allem wäre es wünschenswert, daß die Konstanzer Nachrichten neben den schon erwähnten anderen Zentrumsblättern in allen Wirtschaften des badischen Oberlandes aufliegen. Es gibt auch manche Bürger, welche mit Vorliebe ein auswärtiges Parteiblatt aus der Kreisstadt wünschen und mangels Aufklärung oder Aufmunterung ein gegnerisches Blatt bestellen. Wir gestatten uns daher, Euer Hochwürden höflichst zu ersuchen, in Ihrem Kreise in diesem Sinne wirken zu wollen, katholische Wirte, besser situierte Bürger, Beamte usw. zum Abonnement auf die Konstanzer Nachrichten zu ermuntern. (Vierteljährlich einschließlich Bestellgeld Mk. 2,22.) Gleichzeitig verbinden wir damit die ergebene Bitte, uns die Adressen solcher Katholiken, die als Abonnenten in Betracht kommen können, aufzugeben, damit wir denselben auf einige Zeit unser Blatt zur Probe überweisen können.

Schließlich gestatten wir uns noch die Bitte, uns über alle wichtigeren Vorgänge in Ihrem Bezirke Bericht erstatten zu wollen. Freikouverts werden gerne zur Verfügung gestellt. Wir sind bestrebt, allen billigen Anforderungen gerecht zu werden und sind für jede Anregung in Unterstützung durch Ratschläge und Beiträge dankbar.

Also genau wie das Rundschreiben Wackers! Der katholische Geistliche ist der geborene Büttel der Zentrumspresse, er hat bei den Wirten, Bürgern und Beamten herumzulaufen, um Abonnenten für sie zu werben. In Wahlzeiten kommt dazu noch die Zentrumsagitation, so daß für die eigentliche seelsorgerische Tätigkeit kaum noch etwas übrig bleibt.

Das kaufmännische Unterrichtswesen.

Aus dem Bericht des Abg. **Neuhaus**: Die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichtswesens befindet sich in Baden in fortschreitender Entwicklung. In Baden bestehen zurzeit in 26 Gemeinden zusammen 32 kaufmännische Schulen, in sämtlichen Gemeinden (bis auf Mosbach) ist der Besuch durch Ortsstatut geregelt, die Einführung des Schulzwangs für Mosbach ist aber bereits in die Wege geleitet. In Schwetzingen, St. Georgen und Schopfheim sind kaufmännische Fortbildungsschulen in der Errichtung begriffen. Stand der Schülerzahl auf 1. Juni 1905: an den eigentlichen kaufmännischen Unterrichtsanstalten 3765, an den Gewerbeschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen zusammen 243.

Die badischen Fleischbeschauervereine — etwa 40 — vereinigten sich zu einem Landesverbande. Erster Vorsitzender ist Fleischbeschauer und Gemeinderat Fischer-Müller-Häfingen.

Die jetzige Landesgewerbehalle in Karlsruhe genügt den bescheidensten Anforderungen nicht mehr. Ein Neubau scheint notwendig zu sein. Die Kommission des Landtages spricht den Wunsch aus, daß ein einfacher und gediegener, aber praktisch nützlicher Bau erstellt werden möge. Ein reger Besuch der Ausstellung und eine fleißige Benützung der Bibliothek und anderer Einrichtungen hängt wesentlich davon ab, daß die auswärtigen Besucher die Halle bequem erreichen können, daß aber auch für die Besucher aus der Stadt die Lage eine möglichst zentrale ist.

Deutsche Politik.

Stichwahl in Kaiserslautern!

Bei der Reichstagsersatzwahl in Kaiserslautern-Kirchheimbolanden erhielten nach vorläufiger Feststellung Schmitt (Kand. d. ver. Liberalen) 7565, Remmden (Bd. d. Landw.) 6597, Kempf (Ztr.) 2784 und Klement (Soz.) **7568** Stimmen; es ist somit Stichwahl zwischen Schmitt und Klement erforderlich.

Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 erhielten wir **7009**, die freis. Volkspartei 8024, das Zentrum 4248, der Bund der Landwirte 6114 Stimmen.

In der Stichwahl zwischen Freisinn (Sartorius) und Sozialdemokratie erhielt diese 9769, der Gegner 11 366 Stimmen.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . .

Die oldenburgische Staatsregierung beschloß, den Blättern zufolge, dem Parlament eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zugehen zu lassen.

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen

in Berlin verlief in diesem Jahr die übliche Demonstration ohne Zwischenfall, wiewohl die Polizei mehr wie genügend vertreten war. Die Scheeren der Polizeibeamten, die sonst sehr viele Arbeit mit dem Abschneiden von Kranzschleifen hatten, wurden dieses Jahr nur zweimal in Tätigkeit gesetzt; man ließ passieren, was sonst der Scheere zum Opfer fiel. Aber auch die beiden Male waren überflüssig, denn nun registriert die Presse natürlich die Verse, die so staatsgefährlich erschienen, sehr zum Genuß der Leser. Auch unsere Leser wollen wir nicht darum bringen. Hier sind die Verse:

Ein Fluch dem König,
Dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnt' erweichen;
Der den letzten Groschen von uns erpreßt
Und uns wie Hunde erschießen läßt.
Wir weben, wir weben;

— die bekannte Strophe aus Heines Weberlied — und:

Wohlan, es naht die Stunde des Gerichts,
Schon wanken eure Burgen, eure Throne
Und zitternd lauscht das Ohr des Bösewichts
Dem dumpfen Schritt der Massenbataillone.

Württembergische Minister-Urlauber.

Die Ministerien des Schwobeländles sind gegenwärtig recht verwaist. Nicht weniger als drei von sechs Ministern sind verhindert, ihre Amtspflichten zu erfüllen. Der Ministerpräsident Dr. v. **Breitling**, Verkehrsminister Freih. v. **Soden** und Kriegsminister v. **Schnürlen** genießen Krankenurlaub. Ueber die Rückkehr, bezw. Nichtrückkehr der beiden letztgenannten zu ihrem Amte und über eventuelle Aenderungen im württembergischen Ministerium munkelt man in der Presse allerlei. Bei Herrn v. Schnürlen scheint mit ziemlicher Sicherheit festzustehen, daß aus seinem zeitlichen Urlaub bald ein dauernder wird. Als sein Nachfolger wird bereits Generalleutnant v. **Marchthaler** genannt, der vertretungsweise die Geschäfte des Kriegsministeriums übernommen hat und als früheres Mitglied des kaiserlichen Militärkabinetts sich in Berlin besonderer Gunst erfreuen soll.

Württemberg Großmacht?

In Württemberg geht das Gerücht einer Vermehrung der Ministerien von sechs auf sieben. Die auswärtigen Angelegenheiten und die Verwaltung der Eisenbahnen und Posten unterstehen zur Zeit einem Ministerium. Nach neueren Mitteilungen verlautet nun, daß das Scheiden des Freih. v. Soden die Bildung eines selbstständigen Verkehrsministeriums im Gefolge haben würde. Als Minister des Aeußern hört man auch schon den Namen des württembergischen Gesandten in Berlin, Freih. v. **Varnbüler**, nennen.

Es wäre wirklich der reinste Hohn, wenn sich die württembergische „Großmacht" den Luxus von sieben Ministerien erlauben würde. —

Aus der Partei.

Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal. Die Mitgliedschaften unseres Kreises werden nochmals an die am kommenden Sonntag Nachmittag in **Darlanden** (Karlsruher Hof) stattfindende **Wahlkreis-Konferenz** erinnert. Bei der großen Wichtigkeit der Tagesordnung ist eine Vertretung aller Mitgliedschaften erforderlich.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Durlach, 20. März. Auf gestern Abend war in die Blume von christlicher Seite eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen, in welcher Gewerkschaftssekretär **Kollofrath**-Freiburg über die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne und die Bedeutung derselben sprach. Die Versammlung war auch vonseiten der freien Gewerkschaften ziemlich stark besucht. Herr Kollofrath verbreitete sich über die Anwendung des ortsüblichen Tagelohnes in der Versicherungsgesetzgebung und verlas dann eine durch die Versammlung an das Bezirksamt einzusendende Eingabe, wonach der ortsübliche Tagelohn um je 50 Pf. erhöht werden soll.

In der Diskussion wurde von unserer Seite betont, das, was der Referent über die Materie gesagt, zutreffend sei, daß wir aber wichtigeres zu tun hätten, als daraus Aktionen großen Stils zu machen, daß die allgemeine Erhöhung der Löhne viel nachhaltiger auf die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne einwirke als Eingaben, daß aber auch von unserer Seite die Sache im Auge behalten und entsprechende Schritte getan würden. Sodann übte **Flohr** nachhaltige Kritik an den christlichen Gewerkschaften, an ihrer Haltung den freien Gewerkschaften gegenüber, insbesondere darauf verweisend, daß für das organisierte Unternehmertum noch nie religiöse, sondern immer wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen wären und dementsprechend sollten auch logischerweise die Arbeiter verfahren, anstatt sich durch religiöse Anschauungen zersplittern zu lassen und so ihre Aktionsfähigkeit zu schwächen. Da Herr Kollofrath die Notwendigkeit der Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne auch mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebensmittel- und Wohnungspreise begründet hatte, nahm **Flohr** Gelegenheit, auch die Zollpolitik, die Sozialpolitik, überhaupt die ganze Haltung des Zentrums einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Auch Gerell-Karlsruhe griff in die Debatte ein.

In seinem Schlußwort schlug nun Herr Kollofrath einen Ton an, der unsere Genossen zuerst zu zahlreichen Zwischenrufen veranlaßte. Eine Flut von beweislosen Behauptungen, Insektiven, Verdrehungen und Verdächtigungen ergoß sich auf die Zuhörer, während der Referent durch die fortwährenden Zwischenrufe immer mehr außer Fassung geriet. Schließlich verließen unsere Leute den Saal, den Herrn mit seinen christlichen Kollegen allein lassend. Wenn man auch nicht alles billigen kann, was seitens unserer Kollegen geschah, muß doch gesagt werden, daß sie dazu direkt provoziert wurden. Herrn Kollofrath dürfte die Durlacher Versammlung einige Zeit in Erinnerung bleiben.

Emmendingen, 21. März. Wie bekannt, finden hier am kommenden Samstag, den 24. März, Ersatzwahlen von Arbeitnehmervertretern zur Ortskrankenkasse statt. Es wird deshalb an sämtliche Kassenmitglieder die dringende Bitte gerichtet, sich an dieser Wahl recht zahlreich zu beteiligen. Insbesondere gilt dies den organisierten Arbeitern, soweit sie Mitglieder der Ortskrankenkasse sind. Das Wahllokal ist das Gasthaus zum Fuchsen (2. Stock) und die Wahlzeit ist auf abends halb 6 bis halb 9 Uhr festgesetzt. Wahlzettel sind am Wahllokal zu haben.

Konstanz, 19. März. Der hiesige Glaserstreik, der nun schon mehrere Wochen dauert, wird von beiden Seiten unverändert weitergeführt. Die meisten ledigen Glaser sind abgereist, so daß die Zahl der im Streik befindlichen verhältnismäßig gering ist. Einige Glasermeister wären gern bereit, die Forderungen der Glasergehilfen zu bewilligen, fühlen sich aber durch den Arbeitgeber-Verband behindert. Der Arbeitgeber-Verband besteht vorwiegend aus Maurer- bezw. Baumeistern, die gern dort die erste Geige spielen und ein Interesse daran nehmen, daß die Glasermeister nicht nachgeben. Sie befürchten, daß, wenn die Glasergehilfen diesen Streik gewinnen, auch die Maurer sehr bald höhere Lohnforderungen stellen würden. Daß dabei unter Umständen einige Glasermeister ruiniert werden können, was kümmert das die Baumeister? Die Kleinhandwerker im Baugewerbe sind heute die Hausknechte der Baumeister, die die Bauten den Bauherren schlüsselfertig liefern, so daß die übrigen Bauhandwerker mit dem Bauherrn gar nicht mehr in Berührung kommen und schließlich die Bauunternehmer alle Bauarbeiten in eigenen Betrieben herstellen lassen. Die großen Baumeister sind also nicht die Förderer des Kleinhandwerks, sondern deren Totengräber. Deshalb sollten sich auch die Glasermeister von den Baumeistern keine Vorschriften machen lassen, ob sie die Forderungen der Gehilfen bewilligen wollen oder nicht. Und bewilligen müssen die Glasermeister schließlich doch, darüber ist niemand im Zweifel, wenn sie ihr Handwerkszeug am Ende nicht als altes Eisen verkaufen wollen. Fremde Glasergehilfen kommen nicht als Streikbrecher nach Konstanz. Wenn es sein muß, halten die Glasergehilfen es noch ein Jahr aus; dafür wird die Opferfreudigkeit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands sorgen.

Auch der **Zimmererstreik** dauert unverändert fort.

In Mannheim sind die Gärtner und Gartenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Stuttgarter Gärtner sind in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 10stündige Arbeitszeit und Festsetzung eines Minimalarbeitslohnes. Die Hofgärtnereien leisten den hartnäckigsten Widerstand. Der Hofgarteninspektor der **Herzogin Vera von Württemberg** erklärte dem Vorstand des Allgem. Deutschen Gärtnervereins, er werde **Soldaten als Streikbrecher** geliefert erhalten. Das fehlte gerade noch.

Badische Chronik.

Pforzheim.

21. März.

— **Die Leiche** des Mühlknechts Sebastian Hofbauer von Neuenbürg wurde dieser Tage beim Hammergumpen aus dem Wasser gezogen. Der Mann wurde seit dem 18. Februar d. Js. vermißt.

— **Eisverkauf in städtischer Regie.** Das im Schlachthof hergestellte Kristalleis wurde bisher von einem Unternehmer in der Stadt vertrieben. Jetzt hat die Stadt den Vertrieb selbst übernommen. In einem Eiskastenwagen wird durch Angestellte des Schlachthofs das Eis ausgefahren. Der Preis des Eises ist sehr nieder festgesetzt worden.

Freiburg.

21. März.

— Das Vorkommnis im Landtag vom letzten Samstag bespricht der Freiburger Bote in ironischer Weise. Er geht von dem Gedanken aus, daß Schenkel die Wahl von mehreren Sozialdemokraten durch ein Diktum in der Amtsverkündigerpresse hätte verhindern können und schreibt dann im Sinne der Fehrenbachschen Rede im badischen Landtag:

Es war eine Ironie des Schicksals, daß gerade „Genosse" **Kräuter**, derjenige sozialdemokratische Kandidat, der infolge des liberalen Bündnisses mit der roten Internationale und dank der Wahlhilfe von Staatsbeamten, Reserveoffizieren und Militärvereinlern als erster durchs Ziel ging, am Samstag dem Minister Schenkel zum Verhängnis werden sollte. „Genosse" **Kräuter** hat entsprechend dem Verhalten der Regierung in der Wahlzeit höchst wahrscheinlich sein Mandat auch den Stimmen einer Anzahl Freiburger Schutzmänner mitzuverdanken. Und wenn die Freiburger Schutzmänner am 27. Oktober 1905, beeinflußt durch den Wahlaufruf Freiburger Militärvereinler, der Stadträte Glockner, Stigler, Koger usw., als Mitglieder badischer Militärvereine dem Herrn Kräuter die **Stimme gaben**, um den Zentrumskandidaten Prof. **Bihler** zu Fall zu bringen, wer will es dann konsequenterweise diesen Schutzmännern übel nehmen, wenn sie sich auch an den Abgeordneten, der ihnen das Mandat mitverdankt, wenden, um ihm die Beschwerden und Klagen gegen das System Schenkel in der Polizei anzuvertrauen.

Die Schadenfreude spricht aus jeder Zeile, aber auch die Wut und der Aerger über das Wahlergebnis bei den letzten Landtagswahlen.

Die Breisgauer Zeitung hat scharf tadelnde Worte für das Vorgehen der Sozialdemokraten; zu einem Tadel gegen den Minister kann sich das Blatt nicht aufschwingen.

Durlach, 22. März. **Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats** konnte gestern infolge dringender Verhinderung des Sekretärs nicht abgehalten werden. Dafür ist Herr Willi am **Samstag** von 6 bis 8 Uhr hier zu sprechen.

* **Durlach,** 21. März. Auf der Ortsstraße zu Grünwettersbach gerieten mehrere Burschen in Streit, wobei einem Fabrikarbeiter namens König die Hirnschale eingeschlagen wurde. (Durl. Wochenbl.)

Berghausen, 20. März. Ueber den Tod des Stettiner Studenten schreibt man uns noch:

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde die hiesige Gemeinde in Aufregung versetzt. Saßen da einige Studenten aus Karlsruhe im Gasthaus zum Laub bei einem Glase Wein in gemütlicher Stimmung beisammen. Auf einmal entfernte sich gegen 10 Uhr abends der ledige studierende Techniker Erich Karawa aus Stettin, ohne sich von seinen Kollegen zu verabschieden. Sonntag früh wurde sein Leichnam auf der Bahnlinie Karlsruhe—Pforzheim gefunden. Der Tote lag unweit der eisernen Brücke zwischen Berghausen und Grötzingen; der Kopf war ihm abgeschnitten, das Gehirn lag auf der Erde, die Rippen waren gebrochen. Der Verstorbene war in Berghausen gut bekannt und wurde sogleich erkannt, da er einen künstlichen Arm trug. Er hat eine hochbetagte Mutter und zwei Schwestern. Der Verstorbene wurde Sonntag mittag 12 Uhr, nachdem der Tatbestand aufgenommen war, mittels Tragbahre auf das Rathaus gebracht.

Rastatt, 20. März. Im hiesigen Festungsgefängnisse wurde ein Insasse wahnsinnig und aus diesem Grunde heute ins Lazarett überführt. Es soll dies in diesem Jahre schon der fünfte Fall sein und läßt dieses allerlei Vermutungen aufkommen. In einer Anstalt in kurzer Zeit fünf Irrsinnige! Könnte man hierüber von betr. Behörde etwas genaues erfahren, wie dieser hohe Prozentsatz geistig Kranker zu erklären ist.

* **Schwetzingen,** 21. März. In Ketsch trank das 2½ Jahre alte Söhnchen des Bäckermeisters Keilbach Bretzellauge. Es verbrannte sich innerlich derart, daß der Tod bald eintrat.

Gemeindezeitung.

Durlach, 21. März. Wie aus dem Bericht über die gestrige Gemeinderatssitzung hervorgeht, beabsichtigt der Gemeinderat in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse die Stundenlöhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen. Damit soll offenbar der in der morgigen Voranschlagsberatung zu gewärtigenden Kritik der Arbeitervertreter die Spitze abgebrochen werden.

Aus dem Reiche.

Zweibrücken, 21. März. Der frühere Stadteinnehmer Lieb von Ludwigshafen wurde heute vom Schwurgericht wegen fortgesetzter Vergehen im Amte und Unterschlagung von rund 61 000 Mk. zu 4 Jahren Zuchthaus, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt.

Chemnitz i. S., 21. März. „Schwarze Hand" wird in irgend einem Schund-Roman eine Verbindung genannt, deren Ziel die Ausbeutung reicher Leute mittelst Drohbriefen ist. Diesen Roman studierte auch der 19jährige Schriftsetzer **Päßler**, fand die Methode, reich zu werden, ganz bequem und schrieb an Lord Balfour in London. In dem Brief bezeichnete er sich als Präsident von der Verbindung „Schwarze Hand", die über ganz Amerika und Europa verbreitet sei, und forderte ohne weiteres 5000 Pfd. Sterling. Sollte sich der Lord weigern oder gar Anzeige erstatten, so habe er auch die „furchtbaren Folgen" für sich und seine Familie zu tragen. Also das Geld sofort an „Päßler, Postamt Limbach" schicken, sonst . . . . . Der Lord schien sich aber auch nicht gern von seinem Gelde zu trennen, er übergab den Brief der Staatsanwaltschaft und P. wurde verhaftet, als er am 1. März in Limbach das Geld von der Post holen wollte. Wegen versuchter Erpressung wurde der noch unbescholtene P. vom hiesigen Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Braunschweig, 21. März. Wegen Tötung zweier Mädchen wurde der Banklehrling **Brunke** zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen unglücklicher Liebe hatte er und die beiden Mädchen — Schwestern — beschlossen, in den Tod zu gehen. Brunke kaufte eine Browning-Pistole und die Tat wurde für den Abend des 17. Oktober verabredet. Brunke holte die Mädchen in einer Droschke ab und unter Lachen und Scherzen fuhren sie nach dem Hause Monumentstraße 1, der Wohnung von Brunkes Mutter, die er nebst seiner Schwester zum Ausgehen veranlaßt hatte. Dort wurde eine Flasche Sekt geleert und dann forderten die Mädchen Brunke auf, einen Probeschuß auf ein im Zimmer hängendes Bild abzugeben. Die Treffsicherheit befriedigte die Mädchen und nun feuerte Brunke, auf ausdrückliches Verlangen, einen Schuß auf Alma ab, die, in das Herz getroffen, sogleich niedersank. Martha beugte sich über die Schwester nieder und als sie noch leises Röcheln wahrnahm, forderte sie Brunke auf, noch einen zweiten Schuß auf Alma abzufeuern, was B. tat. Dann feuerte er auf Marthas Verlangen hin zwei Schüsse auf diese ab. Auch Martha war sofort tot.

Ihren Eltern hatten Martha und Alma Haars ihren Entschluß, in den Tod zu gehen, durch eine Aufschrift auf dem Kuvert des Absagebriefes aus Rußland mitgeteilt, die lautete: „Unglückliche Liebe mit Oskar treibt mich in den Tod. Lebt wohl und verzeiht Eurer unglücklichen Tochter. Martha und Alma."

Seinen angeblich zuerst gefaßten Vorsatz, sich selbst zu erschießen, führte Brunke nicht aus. Er erging sich eine zeitlang im Bürgerpark, und suchte dann das Polizeigebäude auf, wo er das Geschehene meldete.

Militärgerichtsurteile. In **Bromberg** wurde der Reservist Müller, weil er sich im angetrunkenen Zustande gegen den Unteroffizier eines anderen Regiments vergangen bezw. diesen mit der Säbelscheide geschlagen, zu **5** Jahren 7 Monaten Gefängnis, in **Frankfurt** a. M. der Musketier Kohaut, weil er einen Gefreiten vor die Brust gestoßen, zu **3** Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 22. März.

Die Preßkommission

hat sich konstituiert und den Unterzeichneten zum Vorsitzenden bestimmt. Beschwerden über den Volksfreund sind an ihn zu richten.

Aug. Schwall,
Scherrstraße 19.

Der Märzensturm in der badischen Kammer.

Die nächste Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am **Mittwoch**, den 28. ds., stattfindet, wird sich mit obigem Thema beschäftigen. Sie findet bei Möhrlein statt. Der Ausschuß des Vereins glaubt es diesem aktuellen Vorkommnis, das in weiten Kreisen unserer Parteigenossen Interesse erregt hat, schuldig zu sein, die Ausführung des Beschlusses, wonach in der nächsten Versammlung die Anlehenspolitik behandelt werden soll, einstweilen zu vertagen. Er findet damit sicherlich die Zustimmung aller Parteigenossen.

Welch' tiefgehende Wirkung übrigens die letzten Vorgänge in der Kammer unter den Parteigenossen im Lande hervorgerufen, beweisen uns mehrere Zuschriften, die den sozialdemokratischen Abgeordneten die Anerkennung für die energische Wahrung ihrer Rechte aussprechen. Wäre es uns lediglich um Erfolgspolitik zu tun, könnten wir ruhig sagen: Nur so fortgefahren, Herr Minister!

Unser Roman

ist gestern zu Ende gegangen; wir müssen unsere Leser bis zum 31. ds. auf den neuen Roman vertrösten; wir werden uns aber bemühen, das kleine Feuilleton bis dahin ziemlich auszudehnen, um einen kleinen Ersatz für den Roman zu schaffen.

Im Tapeziergewerbe

wurden die Unterhandlungen zwischen Meistern und Gehilfen gestern Abend zu Ende geführt. Vereinbart wurde ein Wochenlohn von 20 Mk., oder ein Stundenlohn von 35 Pfg., sowie eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 5 Proz.

* **Ernennungen.** Der Großherzog ernannte den Landeskommissär Geh. Rat Otto **Braun** in Karlsruhe unter Enthebung von der Stelle des Landeskommissärs für die Kreise Karlsruhe und Baden zum Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, den Amtsvorstand, Geh. Oberregierungsrat **Föhrenbach** in Karlsruhe zum Kollegialmitglied im Ministerium des Innern und zum Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden, den Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Hans Freiherr v. **Krafft-Ebing** in Lahr zum Amtsvorstand in Karlsruhe.

Letzte Post.

Gewählt

wurde bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl in Sigmaringen der Amtsgerichtsrat Dr. **Belzer** (Zentrum).

Im Kohlenrevier Lens

dauert die Erregung fort. In Mons traten 2000 Arbeiter in den Ausstand.

In Sebastopol

ist ein neuer Aufstand ausgebrochen, den die Regierung noch ableugnet. Gegenüber der Marinekaserne sind 12 Geschütze aufgestellt. Auf dem Fürst Potemkin weigerten sich die Matrosen an Land zu gehen, wo sie offenbar verhaftet werden sollten, und verhinderten die Offiziere, das Schiff zu verlassen. In der Stadt herrscht große Aufregung.

In Utica

dauern die Erdstöße fort.

Vergiftet

hat sich ein Ehepaar in Berlin in Trauer um das verstorbene Kind.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Ersuchen, einer wichtigen Angelegenheit wegen, unsere Sänger, heute Abend punkt 9 Uhr im Lokal, Hotel Monopol, Kriegstraße, vollzählig zu erscheinen. Wir erwarten, daß alle Sänger am Platze sind.
1113 Der Vorstand.

Grötzingen. (Soz. Verein.) Samstag, den 24. März, abends 8 Uhr: Generalversammlung im Löwen. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet
1107.2 Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. **Weißmann**; für die Inserate: **Karl Ziegler**. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, **Geck u. Cie**, Sämtliche in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

P. P.

Wir werden nunmehr neben unseren beliebten Bieren

Original

Münchener Bier

aus dem mit uns liierten Kochelbräu-München abgeben und dasselbe auch in unserem

Hotel-Restaurant

„Friedrichshof“

zum Ausschank bringen.

Brauerei Sinner

Grünwinkel.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Donnerstag den 22. März, abends halb 9 Uhr im „Goldenen Adler“, Karlfriedrichstraße

Delegierten-Versammlung

Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten.
2. Bericht über Lohnbewegungen am Platze.
3. Maifeier.
4. Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns betr.

Vollzähligem und pünktlichen Erscheinen sieht entgegen 1027.2

Die Kartellkommission.

Mannheimer Maimarkt 1906

vom 28. April bis 2. Mai.

Pferderennen am 29. April 1.—6. Mai.

Lotteriezieh ung den 2. Mai 1906

mit 20 Haupttreffern 25 Pferde, dabei 1 Viererzug im Wert von **6000** Mark, 20 Hauptgewinne je 1 Kuh oder 1 Rind, **960** Silberpreise und andere Gegenstände. 1000 Gewinne zusammen i. W. von **50 000** Mark. Für die Luxuspferde werden innerhalb 3 Tage nach Ziehung 75 %, für die Arbeitspferde und Viehgewinne 80 % des Ankaufs, für die Silberpreise der volle Geldbetrag gewährt. Loose **á 1.—**, 11 St. **10.—** liefert

Carl Götz, 1102

Hebelstraße 11/15, Karlsruhe.

Holz-Versteigerung.

Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe läßt aus ihren Waldungen im Rappenwörth versteigern:

Montag den 26. ds. Mts., vormittags 11 Uhr,

im Rathause in Daxlanden:

268 Ster hartes, gemischtes, weiches und forlenes Scheit- u. Prügelholz, 2350 gemischte Wellen und 1 Los Abraum.

Das Sterholz hat einen guten Abfuhrweg, die Wellen sitzen auf der Insel im Schlage. 1112

Zusammenkunft zur Einsichtnahme um **8 Uhr** am alten Pegel.

Karlsruhe den 20. März 1906.

J. Hamm.

Versteigerung von Altmaterialien.

Donnerstag den 29. März d. Js., nachmittags 3 Uhr, werden im städtischen Bauhof der Ausstellungshalle altes **Eisen, Kupfer, Zink** und **sonstige verschiedene abgängige Materialien** öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Karlsruhe den 20. März 1906.

Städt. Hochbauamt. 1103

Bekanntmachung.

Wir geben bekannt, daß Arbeiterwochenkarten für die Strecke

Beiertheim—Kühler Krug

von jetzt ab bei der Verbrauchssteuererhebersteile am Mühlburgertor und bei derjenigen in der Karlstraße erhältlich sind. 1104

Karlsruhe den 20. März 1906

Städt. Straßenbahnamt.

Bekanntmachung.

Nr. 6035. Die Stelle eines **Badgehilfen** im städtischen Vierordtbad ist alsbald zu besetzen. Der Anfangsgehalt beträgt 1200 Mk.

Die Bewerbungen sind unter Anschluß von Zeugnisabschriften, sowie eines Gesundheitsattestes und Leumundzeugnisses innerhalb 14 Tagen bei unserer Badverwaltung einzureichen. 1101

Des Schwimmens kundige Militäranwärter erhalten den Vorzug.

Karlsruhe den 17. März 1906.

Das Bürgermeisteramt:
Siegrist. Beck.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle:

18. März: Franz Leonhardt, Bahnarbeiter, ein Ehemann, alt 28 J. Ludwig Maier, Kaufmann, ledig, alt 28 J. 14: Gregor, alt 9 M. 17 T., Vat. August Gauger, Straßenbahnschaffner. Erwin, alt 1 J. 8 M. 10 Tage, V. Martin Weber, Schutzmann. Auguste Netz, alt 49 J., Ehefrau des Arztes Friedrich Netz. Friedrich Doldt, Steinhauermeister, ein Ehemann, alt 60 J. Lina Coh, Lehrerin, ledig, alt 24 J. Karl August Bumiller, Kaufmann, ein Ehemann, alt 56 J.

Sozialdemokr. Partei im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

Sonntag den 25. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Karlsruher Hof“ in Daxlanden 817.3

Wahlkreis-Konferenz.

Tagesordnung:

„Der Ausbau der Organisation im Wahlkreis“.

Die Partei-Mitgliedschaften unseres Kreises werden ersucht, die Wahl der Delegierten, die ihnen aufgrund des Organisationsstatuts zukommen, alsbald vorzunehmen.

J. A. des Agitationskomitee:
Der Vertrauensmann.

Ispringen.

Vom 1. April ab übernimmt Genosse **Georg Krentel** die hiesige Filiale und sind Neubestellungen sowie Reklamationen an denselben zu richten.

Expedition des Volksfreund.

Vereinsbank Karlsruhe,

e. G. m. u. H.

Wir bitten um Einreichung der Einlagebücher zur Abrechnung. 1107

1107 **Der Vorstand.**

Extra-Preise Schuhwaren So lange Vorrat reicht

4.90 Herren-Zugstiefel.	**6.35** Damen-Schnür- und Knopfstiefel echt Boxcalf.	**6.25** Konfirmanden-Stiefel feines Wichsleder	**7.50** Herren-Schnür-Stiefel, Boxcalf, ohne Außennaht.
8.25 Herren-Schnürstiefel Chevreaux.	**4.80** 27—30 Boxcalf-Knopf- u. Schnürstiefel	**8.25** Damen-Boxcalf-Knopf- u. Schnürstiefel	**9.50** Herren-Schnallenstiefel Boxcalf
4.95 Kalb-Lack-Spangenschuhe elegante Form	**5.35** 30—35 Knopf- und Schnürstiefel.	**7.25** Konfirmanden-Stiefel echt Boxcalf	**Wichslederstiefel** 27—30: **3.50** M 30—35: **4.—** M

Schuhgeschäft Frau **Mina Huber,** Scherrstr. 4.

Telegramm!

Durch günstige Einkäufe großer Posten sind wir im Stande, folgendes zu verschleudern:

Stockfisch	per ℔	20 ₰	Aepfel	per ℔	15 „
Backfisch	„ „	21 „	Südäpfel	„ „	20 „
Cabliau, kopflos,	„ „	21 „	Reinetten	„ „	25 „
Schellfisch, „	„ „	29 „	dto. rote	„ „	27 „
Sardellen	„ „	1 M	dto. fst.	„ „	32 „
Sardinen	„ „	30 ₰	Kochbirnen	„ „	20 „
Salzhering, gr.	„ Stück	5 „	Wallnüsse	„ „	25 „
Matjeshering	„ „	15 „	Haselnüsse	„ „	32 „
Bismarckhering	„ „	4 „	Erdnüsse	„ „	27 „
dto. groß	„ „	5 „	Kokosnüsse	„ St.	20 „
Süßbückling	„ „	6 „	Riesen-Maronen	„ ℔	20 „
Salzbückling	„ „	8 „	Feigen	„ „	20 „
Limburger	„ „	15 „	dto.	„ „	28 „
dto. fst.	„ ℔	40 „	Datteln	„ „	28 „
Tilsiter	„ Stück	20 „	dto.	per Karton	45 „
Rahmkäse	„ „	8 „	Bananen	12 Stück	1 M
Handkäse	4 „	10 „	Citronen, fst.,	per Dutzd.	38 ₰
Trinkeier	per „	6 „	Birnschnitz	per ℔	18 „
Maltakartoffel	„ ℔	10 „	Mischobst	„ „	28 „

Orangen, zuckersüß, 4 ℔ 60 ₰, 1 ℔ 16 ₰.

Obst- und Südfrüchte-Halle

„zur billigen Quelle“,

Markgrafenstraße 30 a, am Lidellplatz.

Spezialität: **Ladeneinrichtungen**

Glasschränke, Ladentischaufsätze, Schaukasten

in Holz und Metall gefaßt

Spiegel etc. etc.

fertigt und liefert zu den billigsten Preisen 1098.10

Franz Weber, Schreinerei, Karlsruhe Luisenstraße 24.

Neue Marinaden

Rollmöpse

offen, Stück 5 ₰, die 4-Liter-Dose **1.80**

Bismarckheringe

offen, Stück 5 ₰, die 4-Liter-Dose **1.80**

russische Sardinen

offen, ℔ 35 ₰

das 4½ kg-Fäßchen **1.80**

ferner

Neue Prima Holländische Vollheringe

Stück 4 ₰

Scharfe Holländer Bücklinge

3 Stück 20 ₰

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen

Meine **Schnelltrocken-Bodenlacke**

sind über **Nacht trocken,** haben einen **eleganten Hochglanz,** sind sehr **haltbar** und dabei **billig.**

Preisliste mit Musterkarte zu Diensten. Versand nach auswärts.

Karlsruhe i. B. **Drogerie Th. Walz,** Kurvenstraße 17.

Ein gut erhaltener 1100

Kinderliegewagen

ist billig zu **verkaufen.**

Luisenstraße 61, 4. St. r.

Kopfläuse

verschwinden unfehlbar durch

50 ₰ **„Nissin“** 50 ₰

zu hab. b. **Otto Mayer,** Wilh.-St. 20.

Helfet dem Handwerk

durch Ankauf von Losen der

Geld-Lotterie

des Colmarer Gewerbevereins

Ziehung schon 7. April

25,000

M. bar ohne Abzug

Ein Gewinn M.	10,000
Vier Gewinne M.	4,000
110 Gewinne M.	3,000
1800 Gewinne M.	8,000

Los **1 M.** { 11 Lose 10 M. / Porto u. Liste 30 Pf.

empfiehlt das General-Debit

J. Stürmer, Strassburg i. E. Langstr.

In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15, J. Heppes, Chr. Frank, Eug. Dahlemann, L. Michel, E. Füge, Frz. Haselwander, H. Meyle.

Dreher-Gesuch

Tüchtiger **Dreher** für dauernde Arbeit **gesucht.** 1108.2

Fr. Siefermann,
Essenweinstr. 22.

Schlossergesuch.

Ein tüchtiger **Schlosser,** welcher womöglich schon in Herdfabriken gearbeitet hat, findet dauernde Beschäftigung bei 1111.2

Otto Siesinger, Durlach,
Herd- u. Ofenfabrik.

Lieferung von Fußbodenöl.

Die Lieferung des Fußbodenöls für die städtischen Lehranstalten soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. 1063.2

Bedingungen und Lieferungsverzeichnisse liegen auf dem städt. Hochbauamt, Rathaus 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 102, zur Einsicht auf.

Ebendaselbst sind die Angebote verschlossen und mit Aufschrift versehen, längstens bis **Donnerstag den 22. März, nachmittags 5 Uhr,** dem Schluß der Vergebung, abzugeben.

Karlsruhe den 16. März 1906.

Städt. Hochbauamt.

Kaiserstr. 139 **Carl Schöpf** **Marktplatz.**

Alle für Frühjahr und Sommer 1906 erschienenen **Neuheiten** in

Damen-Kleiderstoffen und Damen-Konfektion

sind in grösster Auswahl zu billigsten Preisen vorrätig.

für Konfirmanden
Moderne schwarze Kleiderstoffe
von Mk. —.65 bis 3.50.

für Kommunikanten
Moderne weisse Kleiderstoffe
von Mk. —.65 bis 3.50.

Farbige und Modekleiderstoffe in allen neuen Webarten, jede Preislage.

Konfirmanden-Jacketts,
neueste Mode, von Mk. 3.50 bis Mk. 25.—.

Anzugstoffe für Knaben,
140 cm breite Cheviot, Melton, Buckskin, M. 2.50 bis 6.—

Man verlange Rabattmarken. 1042